

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 13/10977, 13/11012 –

Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien über den 19. Juni 1998 hinaus (SFOR-Folgeoperation)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Fortführung der Abschiebungen von Kosovo-Albanern ist angesichts der andauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen unverantwortlich.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich in Absprache mit den Bundesländern für Flüchtlinge aus dem Kosovo einen Abschiebungsstopp gemäß § 54 AuslG zu erlassen oder dieser Personengruppe einen vorübergehenden Schutz nach § 32 a AuslG zu gewähren.

Bonn, den 19. Juni 1998

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

